

001
Jahresbericht
des
Superintendenten

zur Herbstsynode in Bockenau

am 10. November 2001

– gemäß Artikel 162 Abs. 2 KO –



Hohe Synode,

„Kim hat einen Sohn, kocht gerne und trinkt keinen Alkohol. Lisa, Haarfarbe rotbraun, treibt viel Sport. Und Kari ist katholisch und hat große blaue Augen. Kim möchte Leihmutter werden, Lisa und Kari wollen Eier spenden, verkündet die Internetseite der amerikanischen Firma ParentingPartners. Wer Interesse habe, möge eine E-Mail schicken.

Auf Dutzenden, völlig legalen Webseiten können sich Babysuchende Ei-Spenderinnen, Samenspender und selbst Leihmütter aussuchen. 1998 wurden in den USA nach Angaben der „Gesellschaft für Reproduktionsmedizin“ 3.000 Babys mit Hilfe von Fremdeizellen geboren, und zwar für viel Geld. Das „Advanced Fertility Center“ in Chicago verlangt etwa 15.000 Dollar für Entnahme und Befruchtung des Eis und das Einsetzen in die Gebärmutter. Die Spenderinnen bekommen 4.500 Dollar. Besonders hübsche und intelligente jungen Frauen verlangen mehr.

Männliche Samen sind billiger. Bei einer Samenbank in Fairfax (Virginia) kostet eine „Dosis“ 115 Dollar. Stammen sie aber von einem Mann mit Dokortitel, verdoppelt sich die Summe. Am teuersten sind Leihmütter. Die kalifornische Firma „Caring Hearts“ verlangt auf ihrer Webseite 44.000 Dollar für eine Leihmutter-Schwangerschaft. Die Frau, die ihre Gebärmutter zur Verfügung stellt, bekommt davon etwa die Hälfte, „Caring Hearts“, Rechtsanwälte und die Ärzte teilen sich den Rest....

Im Internet können Kunden Details über Ei-Spenderinnen und Leihmütter abrufen – und ihre Bedingungen stellen hinsichtlich Rasse und Aussehen, Gewicht und Körpergröße, Bildungsstand oder Lebensgewohnheiten. Wer raucht, hat keine Chance.

Bei Leihmüttern sind die Kunden besonders wählerisch. Eine Klinik in Texas nimmt grundsätzlich keine Sozialhilfeempfängerinnen. Auf der Webseite mit Kari, Lisa und Kim annonciieren auch Babysuchende: ‚Gebildetes afroamerikanisches Paar sucht afroamerikanische Leihmutter. Sie muss intelligent und verheiratet sein‘. Das Paar möchte einen Sohn, ‚um den Familiennahmen zu erhalten‘. Die Ei-Entnahme sei daher auch mit einer „Geschlechtsselektion“ verbunden.

Freilich macht die Reproduktionsmedizin bei der Ei-Spende und Leihmütterschaft nicht halt. Manche Kliniken lassen Embryos vor dem Einpflanzen genetisch untersuchen. Die Fehlerhaften landen im Müll. Inzwischen gibt es bereits „Embryooptionen“, bei denen übrig gebliebene gesunde Embryonen vermittelt werden (K. Ege, epd. 14/01, S. 21)“.

So sieht sie aus, die schöne neue Welt, und wir sind mitten drin. Dämme gegen die immer stürmischer anbrausenden Fortschrittswellen brechen schneller, als sie errichtet werden können. Es scheint kein Halten mehr. „Ethische Grenzziehungen haben, wenn es um biotechnische Verfahren geht, mittlerweile ein Verfallsdatum, das eher an Lebensmittellagerung als an Gesetzgebung erinnert.“

(R. Lassek, Zeitzeichen 10/2000, Seite 54)

Der Forscherdrang scheint unaufhaltsam. Eine glänzende Zukunft wird versprochen, die zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, dass nämlich bisher unheilbare Krankheiten therapierbar werden. Ein großes, ein hehres, und doch auch lohnendes Ziel. Wer wollte etwas dagegen haben, wenn die Fesseln von Diabetes, Multipler Sklerose oder anderer bisher nicht heilbarer Krankheiten gelöst werden könnten?

Die Versprechungen jedenfalls lösen Erwartungen aus. Das machen sich die Befürworter zunutze, obwohl bisher nichts von dem, was da in schönsten Farben versprochen wird, eingelöst werden kann. Die Forschungen stehen am Anfang. Wunsch und Wirklichkeit liegen weit auseinander. Und ob die Versprechungen jemals wahr werden, steht noch dahin, ist keineswegs ausgemacht. Wirtschaftliche Interessen bestimmen nicht zuletzt den Takt. Die Zukunftsfähigkeit des Landes wird gar beschworen und der Ehrgeiz der Forschung, tun zu dürfen was man meint, tun zu können, tut das Seine.

Deshalb brauchen wir nach wie vor eine möglichst breite Diskussion über Nutzen und Grenzen, Möglichkeiten und Gefahren der Forschungsvorhaben. Wir können die Debatte nicht alleine den Forschern überlassen, dafür sind die Dinge zu wichtig. Es geht nicht nur um das, was man tun kann, sondern um das, was man tun darf.

Ich bin der Meinung, die Entscheidungen fallen nur zum geringen Teil in den Labors, sie fallen zuerst unter uns. Zu klären ist: Was wollen wir? Was wollen wir zulassen und uns zumuten? Welches Bild vom Menschen leitet uns?

Die Situation wird dadurch erschwert, dass die Diskussion allzu oft interessen-geleitet ist. Es geht schließlich auch um sehr viel Geld. Und so wird kräftig Meinung gemacht und werden Schubladen zugewiesen. Die Kirchen sollen desavouiert werden als eh fortschrittshemmend und rückwärtsgewandt. Bedenkenräger schaden dem wirtschaftlichen Aufschwung. Dennoch ist es unsere Aufgabe, uns einzumischen, und zwar auf allen Ebenen. Das ist nicht nur eine Aufgabe des Ratsvorsitzenden, der dann herumgereicht wird in Talkshows und Spitzengesprächen; nicht nur die Aufgabe von Synoden zur Formulierung wohl ausgewogener Stellungnahmen oder von Fachgremien, sondern – weil es wirklich jeden und jede angeht – ist es die Aufgabe eines jeden von uns, das Gewissen zu schärfen. Denn noch einmal: In der ethischen Debatte fallen die eigentlichen Entscheidungen der Zukunft. Da verläuft die eigentliche Front. Dafür müssen wir gerüstet sein in evangelischer Unabhängigkeit und deshalb ohne Scheuklappen und mit großer Freiheit; die aber ist nicht beliebig, sondern weiß sich gebunden an das Wort der Schrift.

Worum also geht es? Es geht um das uns leitende Menschenbild. Es geht darum, was Leben ist. Es geht darum, ob wir die Unterscheidung von Geschöpf und Schöpfer noch gelten lassen.

Wir müssen uns auseinander setzen mit den „Bekennnissätzen“ des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, müssen analysieren, wie weit wir diese Bekenntnisse schon verinnerlicht haben und müssen dann versuchen, sie zu konfrontieren mit dem biblischen Verständnis vom Menschen. Zum Beispiel:

Es wird so getan als sei menschliches Leid lediglich ein Defekt, den es zu beheben gilt. Leid, so das Credo, ist eigentlich überflüssig, man muss nur die richtige Methode, das richtige Medikament oder was auch immer finden, um es zu überwinden. Das Leid sitzt in den Genen und ist veränderbar wie sie. Der christliche Glaube hat aber immer daran festgehalten, dass der Mensch kein perfektes Wesen ist, sondern dass Leid zu seinem Menschsein dazu gehört.

Damit wird das Leid keineswegs überhöht, aber es wird bestritten, dass ein Leben ohne Leid menschenmöglich wäre. Das Leid ist mehr als ein Defekt, es gehört zur Geschöpflichkeit von uns Menschen dazu.

Oder: Behauptet wird, der Fortschritt sei zum einen unaufhaltsam und würde zum anderen allen dienen. Aber diese These ist ja nun auch zu hinterfragen. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass gerade die modernen Methoden, die da mit Milliarden-Aufwand nunmehr erforscht werden sollen, nur wenigen zugute kommen werden, wenn denn zugute kommen der richtige Ausdruck dafür sein wird. Jedenfalls werden sich das, wovon Forscher träumen, nur wenige leisten können, eine Selektion – nicht zuletzt durch die zur Verfügung stehenden Finanzmittel - wird die Folge sein.

Es ist doch grotesk: Einerseits gelingt es nach wie vor nicht, die Menschheit mit dem nur Allernötigsten zu versorgen, immer noch sterben Millionen Menschen an Unterernährung oder an Krankheiten, die ohne großen Aufwand zu bekämpfen wären, und andererseits werden Milliarden investiert in ein Geschäft, das nur wenigen zugute kommen wird.

Da stimmt doch was nicht. Offensichtlich bestimmt nicht nur hehrer Forscherdrang das Geschehen, sondern mischt interessen-geleitetes Kapital kräftig mit. Und die Frage wiederum lautet: Wollen wir das zulassen? Ist das der Weg, den wir gehen wollen? Ist das die Art von Fortschritt, die wir verantworten können? Hat der Mensch einen Anspruch auf alles?

Oder: Der wissenschaftlich-technische Fortschritt hat die Welt total verzweckt. Alles muss einem Zweck dienen, nichts ist mehr um seiner selbst Willen da. Alles ist nur noch Mittel und hat also keinen eigenen Sinn mehr in sich. Die Welt ist nicht mehr Schöpfung, sondern Ressource. Der Mensch bedient sich – so wie er es gerade braucht. Er ist das Maß. Wiederum stellt sich die Frage, inwieweit wir schon Teil des Problems geworden sind, weil wir verinnerlicht haben, was uns da vorgetragen wird. Um so wichtiger wäre es, die Gewissen zu schärfen und nach Wegweisung aus dem Glauben zu fragen.

Mit andern Worten: Es geht nicht nur um das therapeutische Klonen, um die Präimplantationsdiagnostik, oder die Stammzellenforschung. Diese Felder der Biowissenschaften sind sicherlich herausragend, aber dennoch nur die Spitzen des Eisbergs. Der Eisberg selbst transportiert noch viel mehr, nicht zuletzt ein anderes Menschenbild, den sich selbst erschaffenden, sich selbst genügenden, perfekten Menschen. Wollen wir das?

Schon 1991 hat die Evangelische Kirche in Deutschland in einer Studie zur Gentechnik ein neues Naturverständnis gefordert. Sie hat damals den Begriff des „Einverständnis mit der Schöpfung“ geprägt. Damit ist gemeint, dass menschliches Verhalten, Planen und Handeln der Schöpfung entsprechen soll, d. h. das von Gott geschaffene Leben soll gefördert, bewahrt und zur Entfaltung gebracht werden. Nicht nur zahlreiche Psalmen (z. B. Psalm 104), sondern besonders die beiden biblischen Schöpfungsberichte und nicht zuletzt die Botschaft von der Auferstehung Jesu bezeugen, dass Gott Eigentümer und Anwalt allen menschlichen Lebens ist. Daraus bezieht der Mensch seine Würde, darin liegt sein Wert. Die theologischen Beiträge in dieser Debatte sind sich darin einig, „dass Menschenwürde etwas Zugeschriebenes ist. Ob man die Menschenwürde etwa in der Gottebenbildlichkeit oder in der reformatorischen Rechtfertigungslehre begründet, immer wieder wird vorausgesetzt, dass die Würde des Menschen nicht in empirischen Qualitäten begründet liegt, etwa in einem gesunden Körper oder auch in seiner moralischen Integrität. Sie gilt vielmehr gerade unabhängig von solchen empirischen Zuschreibungen, die überhaupt erst die Möglichkeit schaffen, lebenswertes von lebensunwertem Leben zu unterscheiden.“

(Heinrich Bedford-Strohm, Zeitzeichen 12/2000, Seite 52)

Oder mit Worten von Präses Kock: „Die Würde des Menschen ist keine statische Größe, sie wird nicht durch eigene Leistung oder Verdienste oder aufgrund bestimmter Eigenschaften erworben. Vielmehr eignet sie jedem Menschen von der Zeugung bis zum Tode. Wir haben nicht das Recht, ein Urteil über den ‚Lebenswert‘ eines Menschen zu fällen und ihm seine

Würde abzusprechen. Wir können auch nicht sagen, menschliches Leben habe diese Würde zu irgend einem Zeitpunkt noch nicht oder nicht mehr.“ (Verhandlungen der 50. Ordentlichen Rheinischen Landessynode, Seite 47)

So deutlich die kirchlichen Positionen in dieser Frage, so deutlich ist auch, „dass die Mauer des Lebensschutzes schrittweise sturmreif geschossen wird“ (Manfred Kock). Ethikräte und Verlautbarungen werden daran nur wenig ändern. Zumal hier geredet wird und dort Fakten geschaffen werden. Meine Hoffnung ist, dass es gelingen möge, dass sich immer mehr Menschen der Logik dieser Art Fortschrittsgläubigkeit verweigern, sich einmischen und Fragen stellen nach dem Lebensdienlichen und nicht bloß nach dem Machbaren und Gewinnversprechendem. Die Experten sind hier auf Hilfe angewiesen, damit nicht unter der Hand das, was als Fortschritt gedacht ist, sich in sein Gegenteil verkehrt und der Mensch herausfällt aus seiner Geschöpflichkeit. Das wird nicht gut gehen. Das kann nicht gut gehen.

So liegt die Aufgabe, die wir auch als Evangelische Kirche haben, darin, Menschen zu sensibilisieren, sie zu ermuntern, sich eine eigene Meinung zu gönnen. Ich würde mir wünschen, dass das auf möglichst vielfältige Weise in jeder Gemeinde geschieht.

2. Frieden braucht Friedensarbeit

Von einem zum andern Tag ist die Friedensfrage wieder auf die Tagesordnung katapultiert worden. Man glaubte sie weit weg. Mit der Wende schien sich das Problem wenn nicht gelöst, so doch aber verflüchtigt zu haben. Dass dem nicht so war, konnte man sehr wohl sehen an den kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan in den 90-iger Jahren. Die Welt wurde nicht friedlicher, die Friedensdividende nie ausgezahlt. Gleichzeitig mit dem Verstummen der Friedensfrage ging ein schleichendes Einverständnis in die Logik der Friedenssicherung durch militärische Kräfte einher. Was vor 10 Jahren noch zu einem Aufschrei in der gesamten Republik geführt hätte, wird heute schon als selbstverständlich angesehen, nämlich, dass die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen an friedenssichernden Maßnahmen beteiligt ist.

Damit nicht genug. Jetzt soll endgültig der Paradigmenwechsel für den Auftrag der Bundeswehr vollzogen werden: Die Beteiligung an kriegerischen Auseinandersetzungen, selbst außerhalb der NATO, soll möglich gemacht werden - eine Herausforderung nicht nur für die beteiligten Soldaten – sondern auch für alle, die sich der Friedensfrage verpflichtet wissen. Die Situation ist kompliziert. Einfache Antworten gibt es nicht. Um so mehr müssen die kritischen Fragen gestellt und erörtert werden. Alles andere wäre leichtfertig.

Zu befürchten ist allerdings, dass die Logik des Faktischen alles ernsthafte Argumentieren unterläuft. Was eindeutig als – zwar ungeheuerliche, aber dennoch – Straftat begann, und deshalb mit den Mitteln rechtsstaatlicher Strafverfolgung hätte geahndet werden müssen, wird nun zum Krieg ausgeweitet. Ein ganzes Land wird in Sippenhaft genommen. Millionen sind auf der Flucht, ungeheures Elend ist wiederum die Folge.

Wie immer man für sich selbst entscheidet, entscheidend für mich sind folgende Fragen:

1. Wird die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt?
2. Dienen alle Maßnahmen dem Frieden?

Die beschworene Pflicht zur Solidarität mit den USA reicht mir als Begründung für den Einsatz der Bundeswehr nicht aus. Erkennbar als Ziel aller Maßnahmen muss der Wille zum Frieden sein. Dem sind wir verpflichtet, wir haben den Frieden zu fertigen (Matthäus 5, 9).

Darauf müssen wir unsere Bemühungen ausrichten. Für mich heißt das u. a.:

Schon während des Golfkrieges wurden landauf landab Friedensgebete gehalten. Einige wenige Gemeinden haben diese Tradition bis in diese Tage hinein durchgehalten. Meist waren es nur sehr kleine Gruppen, die zusammen kamen. Das war plötzlich anders. Es zeigte sich, dass Menschen, die vielleicht jahrelang nichts mehr mit der Kirche oder ihren

Gottesdiensten zu tun gehabt haben, auf einmal ein großes Bedürfnis nach Vergewisserung hatten und einen Ort suchten, wo sie sich hinwenden konnten in ihrem Entsetzen und ihrer Hilflosigkeit. Der theologisch zwar fragwürdige Satz vom „Not lehrt beten“ hat sich dennoch wieder einmal bestätigt. Die Kirchen haben meist in ökumenischer Ausrichtung einen wichtigen Dienst in diesen Tagen nach dem 11. September geleistet. Doch so plötzlich und groß das Bedürfnis nach religiösem Beistand war, so plötzlich und schnell scheint dieses Bedürfnis auch wieder abzuebben. Von verschiedener Seite wird berichtet, dass da, wo weiterhin regelmäßig Friedensgebete angeboten werden, man im wesentlichen wieder unter sich ist.

Dennoch sollten wir unser Angebot aufrecht erhalten. Einmal, weil die Welt unser Gebet braucht, damit Frieden werden kann, zum andern, weil wir auch stellvertretend für die beten, die nicht teilnehmen können oder wollen; und schließlich, weil es unser ureigenster Beitrag zum Frieden ist.

Für unsere Friedensgebete wünsche ich mir eine Liturgieform, die sich nicht ständig neu selbst erfinden muss, sondern die aus dem Eingübten und sich Wiederholenden lebt. Hier würde ich mir weitere Anregungen wünschen, auch den Austausch unter uns Kollegen. Dann könnten diese Friedensgebete auch einen Beitrag zu einer gelebten Spiritualität in unseren Gemeinden leisten; zudem würden sie etwas von ihrer Abhängigkeit von der weltpolitischen Lage verlieren. Das könnte ihnen zugute kommen.

Eine weitere Antwort der Kirchen auf die Anschläge vom 11. September muss meines Erachtens in einer Intensivierung des interreligiösen Dialogs liegen. Da ist auf der Ebene unseres Kirchenkreises schon eine Menge geschehen. Unser Pfarrkonvent ist vor Jahren zu einem Besuch in der hiesigen Moschee gewesen. Schulklassen informieren sich vor Ort über den Islam. Besuche hinüber und herüber sind nicht mehr die Ausnahme. Und dennoch, so schreibt es Pfarrer Pick in seinem Bericht, sind muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger nach dem 11. September noch mehr unter Druck. Sie werden in kollektive Mitverantwortung hinein genommen und entsprechend behandelt. Eine Atmosphäre des Misstrauens macht sich breit, der gewehrt werden muss. Deshalb müssen die Bemühungen um Dialog verstärkt werden. Der darf aber keine Einbahnstraße sein. Ich erwarte auch von unseren muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein Interesse an dem, was die christliche Gemeinde ausmacht. Wir müssen voneinander lernen, miteinander den Dialog führen. Das kann aber nur geschehen in beiderseitigem Aufeinanderzugehen.

Voraussetzung dafür ist, dass wir von unserem Glauben zu erzählen wissen und nicht fraglos unsere Art zu leben und zu glauben als allgemein gültig voraussetzen. Ich bin mir manchmal nicht sicher, inwieweit wir als Christinnen und Christen wirklich dialogfähig sind, weil der erste Schritt zum Dialog die Vergewisserung der eigenen Glaubenstradition und der eigenen Glaubensüberzeugung ist. Hier sollten verstärkt Bemühungen in den Gemeinden unternommen werden, Grundkurse über das, was uns trägt und ausmacht, anzubieten. Ich habe den Eindruck, da ist ein großer Bedarf und eine große Not. Die Erwachsenenbildung wird sich noch mehr darauf zu konzentrieren haben, dass Menschen sprachfähig werden und Auskunft geben können über ihren Glauben. Die Zeit, wo Erwachsenenbildung vor allen Dingen so eine Art Volkshochschule unter kirchlichem Dach war mit Angeboten zu den verschiedenen Bereichen, vom Kochkurs bis zum Nähkurs, von der Studienreise bis zur Fremdsprache, hat sich überlebt. Heute hat evangelische Erwachsenenbildung insbesondere Bildung in Sachen christlichen Glaubens zu sein. Dann könnte sie einen wichtigen Beitrag leisten, auch und gerade in der Frage des friedlichen Zusammenlebens unter uns und weltweit.

Den Frieden zu fertigen bedeutet dann auch, dass wir die Option des zivilen Friedensdienst wieder stärker in die politische Debatte zu bringen versuchen. Die Idee kommt aus der Friedensbewegung und den Kirchen. Besonders die Berlin-Brandenburgische Kirche hat

entsprechende Vorarbeiten geleistet, die im letzten Jahr erstmals von der Bundesregierung anerkannt worden sind, indem 19 Millionen DM für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt worden sind. Männer und Frauen, die alle einen Beruf mitbringen, werden über Monate hin zu hauptberuflichen Friedensfachkräften ausgebildet und dann in Konfliktgebieten eingesetzt. Inzwischen arbeiten ca. 30 Männer und Frauen mit sehr guten Erfahrungen und Ergebnissen in dieser professionellen Friedensarbeit. Traditioneller Weise hat die evangelische Kirche im Rheinland gute Kontakte zu den entsprechenden Organisationen. Deshalb liegt es nahe, dass dieses Engagement unserer Kirche verstärkt wird. Es ist ein notwendiges Gegengewicht zur militärischen Variante der Friedenssicherung. Denn: Militärische Einsätze können keinen Frieden schaffen. Dazu bedarf es der kontinuierlichen, intensiven, geduldigen Friedensarbeit als flankierende Maßnahme zu den entsprechenden politischen und wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen.

Schließlich möchte ich in diesem Zusammenhang auf die vom Ökumenischen Rat der Kirchen initiierte Dekade zur Überwindung von Gewalt hinweisen. In der Regel haben wir solche Aktionen – seien sie ausgerufen von der Rheinischen Kirche oder von der EKD oder gar vom ÖRK – nicht mit besonderer Aufmerksamkeit bedacht. Das sollte nicht zuletzt auf dem Hintergrund des 11. September und der Ereignisse dieser Tage anders werden. Die Dekade könnte den Rahmen bilden, sich dem Phänomen von menschlicher Gewalt in ihren vielerlei Spielarten und ihrem zerstörerischen Potential zu stellen. Es gibt inzwischen einige Arbeitshilfen für den Gottesdienst, aber auch für die Gemeindearbeit, die man sich dabei zunutze machen kann. Vielleicht ist es ja möglich, dass - damit nicht einzelne Gemeinden sich überfordert fühlen - man über Gemeindegrenzen hinweg die Zusammenarbeit sucht. Ein Feld, in dem wir meines Erachtens Nachholbedarf haben.

3. Armutsbericht

Der etwas arg strapazierte Spruch vom „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“ trifft glücklicherweise nicht auf unsere Bemühungen um die Erstellung eines Armutsberichts zu. Spät sind wir dran damit, das ist wohl wahr. Immer wieder haben sich die Bemühungen verzögert.

Konnten wir vor zehn Jahren, als wir uns aus Anlass des 15jährigen Bestehens des Diakonischen Werkes ein erstes Mal ausführlich zum Thema „Armut in unserem Land“ geäußert haben und später, als dann die Idee reifte, einen Armutsbericht für den Kirchenkreis zu erarbeiten, eine gewisse Vorreiterrolle in Anspruch nehmen, so änderte sich das im Verlauf unserer Bemühungen. Binnen kurzer Zeit erschienen mehrere Arbeiten zum Thema, zuletzt die ausführliche Studie der Bundesregierung unter dem Titel „Lebenslagen in Deutschland“.

Dadurch wandelte sich die Aufgabenstellung für uns. Es ging nun weniger darum, harte Fakten zu sammeln, als vielmehr darum, einen Transfer der allgemeinen Erkenntnisse auch für die Ebene des Kirchenkreises zu versuchen und besonders zu überlegen, welche Konsequenzen zu ziehen sind. Mithin war es jetzt das Anliegen, die Wahrnehmung für das Thema „Armut“ zu fördern, Menschen zu sensibilisieren, Fehlteile über Arme, Vorurteile und Klischees zu hinterfragen, und durch die Bereitstellung von Informationen und Deutungsangeboten auch Handlungsperspektiven für Einzelne, für Gemeinden und den Kirchenkreis zu eröffnen. Das ist mit der Vorstellung des Berichts zur sozialen Lage im Landkreis Bad Kreuznach am 15. Oktober 2001 geschehen.

Schon bei der Präsentation haben wir darauf hingewiesen, dass mit der Veröffentlichung der Studie nur eine erste Etappe bewältigt ist. Die eigentliche Arbeit liegt noch vor uns, nämlich die Rezeption und dann schließlich die Umsetzung dessen, was man als wichtig erkannt hat.

Ich bin dankbar, dass die die Studie begleitenden Fachausschüsse sich bereitgefunden haben, in der nächsten Zeit eine Art Arbeitshilfe zu erarbeiten, die es den Gemeinden erleichtern möge, mit dem vorgelegten Material zu arbeiten.

Ich verspreche mir von der Beschäftigung mit diesem Bericht auch, dass wir einer gewissen „Diakonievergessenheit“, wie ich das einmal nennen möchte, entgegenwirken.

Ich jedenfalls mache die Beobachtung, dass diakonische Themen in den kirchlichen Diskussionen zunehmend an den Rand gedrängt werden. Da geht es um Strukturfragen, da geht es um Finanzfragen, da geht es um das Pfarrbild und um die Kernkompetenzen und immer taucht der Bereich des diakonischen Handelns – wenn überhaupt - nur unter ferner liefen auf.

In einem Aufsatz in der renommierten Zeitschrift ZEITZEICHEN vom August dieses Jahres unter dem Titel „Konzentration aufs Kerngeschäft“ werden die Bereiche Gottesdienst, Seelsorge und die religionspädagogische Arbeit in Schule und Gemeinde als Kernbereiche kirchlichen Handelns definiert. Von der Diakonie ist nicht die Rede.

Es mag ja sein, dass das nur Zufall ist, aber so recht glaube ich's nicht. Hinzu kommt eine andere Beobachtung: Im Entwurf zu einer Neuformulierung unserer Kirchenordnung kommt die Diakonie so gut wie nicht vor. Ich denke schon, dass wir es mit einer Veränderung der Wahrnehmung zu tun haben. Nach Jahrzehnten, in denen die Evangelische Kirche besonders ihre soziale Verantwortung, die ihr aus dem Evangelium erwächst, betont hat - manchmal bis zur Selbstverleugnung und dahin - dass nicht mehr so recht zu erkennen war, dass man es mit Kirche zu tun hatte, scheint nun das Pendel in andere Richtungen auszuschlagen. Die Gefahr ist, dass das Pendel nicht rechtzeitig aufzuhalten ist und wieder weit ausschlägt, und mithin manches auf der Strecke bleibt, was – wie die diakonische Verantwortung der christlichen Gemeinde - zum Wesen unserer Kirche dazu gehören muss.

Ich behaupte nicht, dass es schon so weit ist. Wenn man sieht, was alles in Gemeinden und im Kirchenkreis geleistet wird, kann sich das durchaus sehen lassen. Wir sind nach wie vor präsent. Wir nehmen nach wie vor Verantwortung, gerade auch gesellschaftliche Verantwortung wahr, durch Kindergärten, durch Beratungsangebote, durch Einzelfallhilfe, durch die organisierte, wie auch die ehrenamtliche diakonische Arbeit. Das muss so bleiben. Wir gewinnen die nötigen Kernkompetenzen nicht auf Kosten unseres diakonischen Engagements, sondern nur mit ihm.

Wenn der sogenannte „Armutbericht“ hierzu einen kleinen Beitrag leisten kann, dann hat er seine Aufgabe erfüllt.

4. Ereignisse aus dem Kirchenkreis

Im Verwaltungsamt werden täglich die lokalen Tageszeitungen im Hinblick auf ihre Berichterstattung aus den Gemeinden, dem Kirchenkreis oder der Gesamtkirche ausgewertet.

Im Laufe eines Jahres füllen die Zeitungsausschnitte mehrere Aktenordner. Man begegnet uns mit hoher Aufmerksamkeit, wobei es in der Regel die besonderen – jedenfalls in den Augen der Zeitungsmacher besonderen – Ereignisse sind, die berichtenswert erscheinen. Ich möchte im folgenden einige - in meinen Augen – besondere Ereignisse erwähnen, auch wenn ich mir der Gefahr bewusst bin, das eine zu erwähnen und anderes zu vergessen und mithin falsch zu gewichten. Ich tue es aber dennoch, damit wir in Dankbarkeit erinnern, was gewesen ist.

– Im Februar 2001 haben sich verschiedene Gruppen und Organisationen zum „Bündnis gegen rechts“ zusammengefunden. Bad Kreuznach sollte heimgesucht werden von einer Horde Rechtsradikaler unter der Flagge der NPD. Die Gegendemonstration unter Beteiligung des Kirchenkreises brachte auf dem Kornmarkt ca. 2.000 Menschen zusammen, nicht zuletzt Menschen, die in unseren Gemeinden vor Ort aktiv sind.

Wir haben erleben können, dass viele Menschen den Einfall der braunen Horden nicht einfach hinnehmen, sondern bereit sind, Flagge zu zeigen. Selbstverständlich aber muss der Kampf gegen rechtes Gedankengut, gerade unter Jugendlichen, weitergehen, indem man vor allen Dingen die präventive Arbeit intensiviert. Dazu werden auch finanzielle Anstrengungen von

Kommune und Staat nötig sein. Gelder, die in Zeiten knapper Kassen immer schwerer zu beschaffen sind, sind dennoch gut angelegt und werden sich auszahlen. Jedenfalls scheint die Prävention allemal sinnvoller als nur eine reaktive Politik. Sie ist auf Dauer gesehen auch billiger.

Wir als evangelische Kirche sind an unserer Grenze angekommen. Die Gemeinden entwickeln schon viel Phantasie, um das, was jetzt vorhanden ist, aufrechtzuerhalten. Ausgeschlossen scheint, dass für diese wichtige Arbeit noch weitere Mittel freigemacht werden können. Im Gegenteil: Wir werden die Kräfte zu bündeln haben. Um so mehr sind wir auf Kooperationen angewiesen.

– Im März 2001 hat die Johannes-Kirchengemeinde zu einem Bibellesemarathon ins Markuszentrum eingeladen. Tag und Nacht ohne Unterbrechung wurden sämtliche Bücher der Bibel von der Genesis bis zur Apokalypse des Johannes gelesen. Man wollte so die Bibel als unsere alleinige Urkunde des Glaubens erneut ins Bewusstsein holen. Mit den vielen flankierenden Veranstaltungen dieses Lesemarathons, u. a. einer Bibelausstellung, ist dies auch gelungen. Die Beteiligung und Bereitschaft mitzulesen war groß. Und manch einer wird überrascht gewesen sein, wie großartig, zuweilen auch fremd das Buch der Bücher nach wie vor ist.

– Schon zum dritten Mal fand in Bad Kreuznach-Winzenheim ein Motorradgottesdienst statt, der sich immer noch wachsenden Zuspruchs erfreut. Offenbar gibt es ein Bedürfnis nach solchen besonderen Gottesdiensten. Schön, dass die Gemeinde vor Ort dies zu ihrer Aufgabe macht und sich einspannen lässt, ob als Platzanweiser oder in der Verköstigung oder aber bei der Gottesdienstgestaltung. Dieser Gottesdienst hat seinen Einzugsbereich weit über die Grenzen unseres Kirchenkreises hinaus.

– Auf eine 10-jährige Partnerschaft mit der Synodalregion Rubengera der EPR in Rwanda können wir mittlerweile zurückblicken. In dieser relativ kurzen Zeit ist erstaunlich viel passiert. Es sind Bindungen entstanden und Freundschaften geschlossen worden. Die Partnerschaftsarbeit leistet einen unschätzbaren Beitrag der Verständigung nach innen und nach außen. Wir spüren die weltumspannende Kraft des Evangeliums in der Begegnung mit den anderen und werden zugleich über die Niederungen des eigenen Kirchturms hinaus geführt. Das kann durchaus heilsam sein.

Die Delegation aus Rubengera, die für fast vier Wochen den Kirchenkreis besuchte, hatte ein sehr intensives und umfangreiches Programm zu absolvieren. Höhepunkt war der Festgottesdienst am Pfingstmontag in der Bergkirche in Waldböckelheim, wo schon vor 10 Jahren die offizielle Feier zum Beginn der Partnerschaft stattgefunden hatte. Den Mitgliedern des Fachausschusses ist es zu danken, dass sie mit ungeheurem Einsatz dafür Sorge getragen haben, dass unsere rwandischen Freunde sich wohlgefühlt und ihre Reise als einen Gewinn erlebt haben. Die Partnerschaftsarbeit ist unter uns unumstritten. Sie hat ihren festen Platz. Aber die Beteiligung aus den Gemeinden an der Arbeit lässt zu wünschen übrig. Es gelingt nicht in ausreichendem Maße, die Partnerschaftsarbeit in das Gemeindeleben vor Ort zu implementieren. Es geht ja gar nicht darum, dass diejenigen, die eh schon überlastet sind, noch weitere Lasten aufgehaut bekommen sollen. Aber erwartet wird, dass die Verantwortlichen vor Ort nach Menschen Ausschau halten, die bereit sind, sich in diese Arbeit einzubringen.

- Die Evangelische Frauenhilfe im Rheinland hat in diesem Frühjahr ihr 100-jähriges Bestehen gefeiert. Manche Frauenhilfen im Kirchenkreis sind zwar noch einige Jahre älter, dennoch gehört das 100-jährige Bestehen des Landesverbandes zu den herausragenden Ereignissen der Frauenarbeit in diesem Jahr. Gefeiert wurde in Bad Godesberg. Die einzelnen

Frauenhilfen konnten jeweils nur kleine Delegationen zu den Feierlichkeiten entsenden. Das hat da und dort zu Unmut geführt, ließ sich aber organisatorisch gar nicht anders lösen. Durch den vielerorts sehr hohen Altersdurchschnitt haben sich die Aufgaben der Frauenhilfsarbeit verändert, aber sie hat dennoch an Wichtigkeit nichts verloren. In unserem Kirchenkreis wird von beiden Kreisverbänden hervorragende Arbeit geleistet, die den Gruppen vor Ort zugute kommt und Verbindung schafft.

– Im September wurde landeskirchenweit der Mirjam-Sonntag gefeiert, der in diesem Jahr für unseren Bereich insofern eine besondere Bedeutung hatte, als die Liturgie von Mitgliedern unseres Frauenfachausschusses erarbeitet worden ist. Der Frauenfachausschuss hatte am Mirjam-Sonntag in die Johannes-Kirchengemeinde eingeladen und hat sich dem Thema in Gottesdienst-Workshops und Diskussionen angenommen.

– Erstmals gab es die „Winzenheimer ökumenischen Kirchentage“ in Zusammenarbeit mit der Zeltmission. Das Interesse ist groß gewesen. Zudem ist es gelungen, diese Tage in ökumenischer Verantwortung zu gestalten. Kirche ist herausgetreten aus ihrem Kämmerlein und hat sich auf den Markt begeben und dort das Gespräch gesucht und offensichtlich auch führen können (3. bis 14. Juni 2001).

– Ebenfalls in Bad Kreuznach-Winzenheim wurde ein Musical aus der Taufe gehoben. Unter dem Titel „Gottes Kreuz umspannt die Welt“ haben Hans-Jörg Fiehl und Rüdiger Dunkel für das Gustav-Adolf-Werk Stücke komponiert und Texte zusammengestellt, die die Geschichte des Gustav-Adolf-Werks nachzeichnen. Das Stück ist auf dem Kirchentag in Frankfurt mit großem Erfolg aufgeführt worden und hat auch hernach hier in unserem Bereich viel Anerkennung gefunden, bis dahin, dass nunmehr von der Lukas-Kirchengemeinde eine entsprechende Aktion zu Gunsten des Gustav-Adolf-Werkes gestartet worden ist unter dem Titel „25 Cent für die Welt“. Es wäre schön, wenn weitere Gemeinden des Kirchenkreises sich dieser lobenswerten Aktion anschließen könnten.

Solche herausragenden Einzelereignisse, wie die genannten, aber auch der Kirchentag im großen oder die Gemeindefeste vor Ort, erfüllen eine besondere Funktion. Sie haben Signalcharakter, schaffen Interesse, entwickeln Bindekraft, weil sie das „Wir-Gefühl“ fördern können. Davon kann dann auch der Alltag profitieren. Er bleibt der Normalfall, in dem wir uns zu bewähren haben.

Ich will Ihnen im folgenden einige Zahlen aus den Ergebnissen der Statistik über das Kirchliche Leben in den Gemeinden aus dem Jahre 1999 zur Kenntnis geben. Nicht dass Statistik über die Lebendigkeit einer Gemeinde Auskunft geben könnte, wohl aber kann sie zeigen, in welcher großen Breite, Beständigkeit und Treue vor Ort Gemeinde Jesu Christi gesammelt und gelebt wird. (Alle Zahlen wurden im Kirchlichen Amtsblatt veröffentlicht und beziehen sich auf das Jahr 1999):

- 654 Kinder und Erwachsene wurden getauft
- 202 Trauungen hat es gegeben
- 816 Beerdigungen wurden gehalten

Während die Relationen von Taufen zu Beerdigungen in den städtischen Bereichen unserer Landeskirche eins zu 2,3 beträgt, liegen wir hier im Kirchenkreis viel günstiger. Der Wert beträgt eins zu 1,24.

- 3.678 Gemeindegottesdienste an Sonn- und Feiertagen sind gezählt worden, dazu
- 76 am Jahresabschluss sowie an Werktagen weitere
- 391 sowie noch einmal
- 1.255 Kindergottesdienste

Das ist ein Spitzenwert für die Rheinische Kirche.

In der Kinder- und Jugendarbeit gibt es

98 Kreise sowie
 48 Eltern-Kind-Gruppen.
 137 Schulgottesdienste stehen in der Statistik.
 Im Kirchenkreis An Nahe und Glan arbeiteten 1999
 3.006 Gemeindeglieder ehrenamtlich mit.

An weiteren Veranstaltungen ist erwähnenswert:

Es wurden

11 Bibelwochen
 128 Veranstaltungen zur Ökumene und Weltmission und
 125 Kirchenmusiken durchgeführt.

Insgesamt gibt es

389 Gemeindegemeinschaften, die sich regelmäßig treffen. Darunter sind dann
 85 Frauenkreise
 48 Kirchenchöre sowie
 26 Posaunenchoräle bzw. andere Instrumentalkreise
 40 Gottesdienste bzw. Kindergottesdienst-Vorbereitungskreise

sind aktiv, sowie

23 Besuchsdienstkreise.

Schließlich auch noch dies: Im Jahre 1999 wurden

91 Menschen in die evangelische Kirche aufgenommen und
 234 haben die evangelische Kirche verlassen.

Dieser Wert wird in Prozenten je 1.000 Gemeindeglieder nur vom Kirchenkreis Simmern-Trarbach unterschritten. Wenn man all diese Zahlen zu würdigen versucht, kann man dankbar sein, für alles, was geleistet wird.

Natürlich gibt es auch die andere Seite. Wer von uns wüsste das nicht?

Die Seite der Müdigkeit, der Resignation. Das Festgefahrene, das Unbewegliche.....

Aber ich denke, so eine Statistik gibt auch Anlass zum Staunen darüber, was alles möglich ist und angeboten wird. Das zeugt immer noch von einem ungeheuren Reichtum, von Kraft und Engagement.

So können wir das Loblied singen auf Gott, der uns solche Arbeit ermöglicht und immer wieder Menschen in seinen Weinberg schickt.

Ich möchte schließlich in diesem Zusammenhang von Ereignissen berichten, die nicht so sehr nach außen gerichtet waren, aber dennoch von erwähnenswerter Wichtigkeit sind.

- Nach langen Jahren hat es wieder einmal ein Küster bzw. Küsterinnentreffen auf der Kirchenkreisebene gegeben. Unter Beteiligung der Arbeitsgemeinschaft Rheinischer Küsterinnen und Küster (arkk) haben wir uns über aktuelle Fragen der Arbeit vor Ort ausgetauscht. Solche Treffen sind hilfreich, damit man voneinander weiß, aber auch, als Ausdruck der Wertschätzung für das, was geleistet wird. Denn, so war aus den Gesprächen deutlich zu hören, es geschieht manches, was sich nicht im Stundenkontingent des Arbeitsvertrages ausdrückt.

Es soll versucht werden, hier auf der Kirchenkreisebene, für die Rheinische Arbeitsgemeinschaft einen Brückenkopf zu installieren, damit die notwendigen Informationen auch bis vor Ort gelangen.

– Vor vielen Jahren schon gehörte das Verwaltungsamt Evangelischer Kirchengemeinden zu den Vorreitern der Einführung moderner Datenverarbeitung in die kirchliche Verwaltung. Herr Kappler war damals maßgeblich an der Gründung des Arbeitskreises Mittlere Datentechnik beteiligt. Diese Arbeitsgemeinschaft wandelte sich und rief gemeinsam mit dem

Rheinischen Rechenzentrum für Kirche und Diakonie die synPro GmbH ins Leben, an der der Kirchenkreis beteiligt war. Doch die rasante Entwicklung ist über die synPro hinweggegangen. Der Zwang, auch hier zu größeren Einheiten zu kommen, hat nunmehr dazu geführt, dass die synPro verkauft worden ist. Allerdings ist sichergestellt, dass die vorhandenen Programme der synPro weiter gepflegt und eingesetzt werden können. Das eingesetzte Kapital, vermehrt um ca. 10.000,00 DM aus den Verkaufsanteilen, ist an den Kirchenkreis zurückgeflossen. Die nicht zuletzt von uns angestoßene Entwicklung für den Bereich des Meldewesens wird weiter verfolgt und ist inzwischen in der Erprobungsphase. Die Verzögerungen zur Einführung sind nicht von der synPro zu verantworten, sondern haben mit den Schwierigkeiten, die die Landeskirche bei der technischen Umsetzung des Meldewesengesetzes hat, zu tun. Im Moment gehen wir davon aus, dass den Gemeinden die entsprechenden Daten und Zugänge zu den Daten ab Januar 2002 zur Verfügung gestellt werden können.

– Nachdem es uns im letzten Jahr gelungen ist, die Nachbarkirchenkreise in die Verantwortung für die Evangelisch-Katholische Telefonseelsorge Bad Kreuznach einzubinden, haben wir in diesem Jahr die verabredeten Organisationsveränderungen vorgenommen. Es wurde ein Beirat für die Telefonseelsorge installiert, in dem die beteiligten Kirchenkreise nunmehr vertreten sind und so ihre Stimme für die Telefonseelsorge einbringen können.

5. Wo wir gefordert sind

Wenigstens zwei Bereiche will ich nennen, wo wir m. E. besonders gefordert sind:

1. Wir stehen in Rheinland-Pfalz vor der Einführung der Ganztagschule, ein Vorhaben, mit dem die Regierung vor der Wahl geworben hat und das sie nun umsetzen möchte. Wir als Kirche sind gleich mehrfach davon betroffen, einmal in ganz praktischem Sinne: Es könnte zu Terminkollisionen mit dem Konfirmandenunterricht oder der Jugendarbeit kommen. Zum anderen sind grundsätzliche Fragen berührt nach dem uns leitenden Verständnis von Familie, Schule und Bildung. Diesen Fragen müssen wir nachgehen. Ich bin froh, dass dies der Gemeinsame Ausschuss für Schul- und Bildungsfragen der drei Nahe-Synoden bereits getan hat und verweise in der Anlage auf ein kurzes Statement unseres Schulreferenten, dem ich mich inhaltlich voll anschließen möchte.
Wir werden im kommenden Februar einen Pfarrkonvent zum Thema halten und auch dadurch hoffentlich zu Diskussionen in den Gemeinden anregen. Der bisherige Gesprächsverlauf von Interessierten oder auch politisch Zuständigen zeigt mir eine gewisse Unsicherheit im Hinblick auf die Konsequenzen und Folgen eines solchen Unterfangens. Wir sollten uns hier mit unseren Positionen und Beiträgen einklinken.
2. Seit zwei Jahrzehnten versuchen die Kirchen - zuletzt im „Gemeinsamen Wort der Kirchen zu der Herausforderung durch Migration und Flucht“ – die Diskussion zu den Themenbereichen Asyl, Zuwanderung und Integration zu befördern – lange Jahre ohne Erfolg. Inzwischen aber scheint die Bereitschaft gewachsen zu sein, sich über ein neues Gesellschaftsverständnis und die dafür erforderlichen politischen Vorgaben zu verständigen. Das Bundesinnenministerium hat darauf reagiert und nunmehr einen Entwurf zu einem Zuwanderungsgesetz vorgelegt. Das ist zu begrüßen, weil damit endlich gesellschaftliche Fakten anerkannt und „Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung von Zuwanderung“ formuliert werden. Ebenso zu begrüßen ist, dass sich der Innenminister für den Erhalt des Grundrechts auf Asyl ausgesprochen hat. Dennoch wurde uns in einem Gespräch, das wir mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium und hiesigem Bundestagsabgeordneten, Fritz Rudolf Körper, führen konnten, deutlich, dass sich die Fortschritte im Sinne der Forderungen der Kirchen in engen Grenzen halten. Das besondere Interesse der Politik gilt offenbar solchen

Zuwanderungen, die als Arbeitskräfte gebraucht werden. Ihnen soll die Einwanderung erleichtert werden. Nur sehr kleine Fortschritte gibt es für all die Menschen, die in unserem Land um Asyl nachfragen (z. B. ein Abschiebungsschutz für Opfer nicht-staatlicher Verfolgung sowie für Opfer geschlechtsspezifischer Verfolgung). Schließlich gibt es auch kaum Fortschritte bei den Integrationsbemühungen für diejenigen, die seit Jahrzehnten schon im Lande wohnen. Die Gefahr, dass da unterteilt wird in gute Ausländer, weil von der Wirtschaft gebraucht, und ungebetene Ausländer, weil sie das Menschenrecht auf Asyl in Anspruch nehmen wollen, ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Der gesamte Bereich des Asylrechts ist nach wie vor von einer rigiden Restriktionspolitik bestimmt. Der Tatbestand der Duldung soll evtl. ersatzlos gestrichen werden, so dass zu befürchten steht, dass alle, die die strengen Voraussetzungen für eine Aufenthaltsgenehmigung nicht erfüllen können, in die Illegalität getrieben werden. Zudem sollen selbst unanfechtbar als asylberechtigt Anerkannte zunächst nur einen befristeten Aufenthaltstitel erhalten, der nach drei Jahren überprüft wird und dann erst in eine unbefristete Niederlassungserlaubnis übergeht, was ein Widerspruch in sich ist. Schließlich sollen die deutlich reduzierten Leistungen gegenüber den Vorgaben im Bundessozialhilfegesetz, wie sie das Asylbewerberleistungsgesetz beschreiben, auf Dauer gekürzt bleiben. Auch dies ist kein Fortschritt und kann deshalb nicht akzeptiert werden. Und schließlich fehlt im Gesetzentwurf eine Härtefall-Regelung, wie sie bereits seit langem von Kirchen und Verbänden, die in der Flüchtlingsarbeit engagiert sind, gefordert wird.

Auch nach dem 11. September hat sich an der restriktiven Politik des Innenministeriums nichts geändert, im Gegenteil, es kommt zu weiteren Erschwernissen, die den notwendigen Integrationsbemühungen zuwider laufen. Statt nach den fürchterlichen Ereignissen in Amerika die Integrationsbemühungen zu verstärken, um radikalen Elementen und fundamentalistischen Strömungen den Boden zu entziehen und für eine offene und von Toleranz geprägte Gesellschaft zu sorgen, setzt man lieber auf ordnungspolitische Maßnahmen, die zwar die Bevölkerung beruhigen sollen, aber nicht das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur fördern können. Die Kirchen haben in den letzten Jahrzehnten im Ausländerbereich eine Vorreiterrolle gehabt und dadurch eine notwendige Aufgabe übernommen. Diese Aufgabe hat sich mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht erledigt, im Gegenteil, wir haben auch in Zukunft dafür Sorge zu tragen, dass „die Fremdlinge nicht bedrängt und bedrückt“ (2. Mose 22, Vers 20) werden. Nach biblischem Verständnis ist nicht zuletzt der Umgang mit den Fremden Maßstab für das Gelingen einer Gemeinschaft und ebenso für das Verhältnis zu Gott.

6. Personalia

Zu einer lebendigen Gemeinschaft gehören Gehen und Kommen, Verabschieden und Begrüßen, Ende und Anfang dazu. Das haben wir in diesem Jahr vielfältig erfahren.

Im Januar haben wir langjährige Mitglieder aus dem Kreissynodalvorstand aus ihrer Funktion verabschiedet, haben inne gehalten und sind uns bewusst geworden, wie vielfältig die Aufgabenstellungen gewesen sind und wie wertvoll das Engagement eines jeden / einer jeden mit seiner / ihrer je besonderen Persönlichkeit gewesen ist.

Die Rede ist von Pfarrer Lenhoff, Pfarrer Deserno, Frau Beye und den Herren Thomas und Schneider. Wir haben ihnen viel zu danken.

Auch im Kollegenkreis hat es Veränderungen gegeben. Pfarrer Dieter Orlikowski und Pfarrer K. Friedrich Mayer haben sich in den – wie man so schön sagt – wohl verdienten Ruhestand zurückgezogen. Peter Kuhn, Sonderdienstler in Bingerbrück, hat sich aufgemacht zu einer

Spezialausbildung in die USA und Pfarrer Jöst hat seine Arbeit in der neuen Gemeinde aufgenommen.

Im Verwaltungsamt hat der langjährige Leiter, Günter Kaspar, sein Amt zur Verfügung gestellt, das er über viele Jahre mit großer Treue und Zuverlässigkeit ausgefüllt und dadurch das Verwaltungsamt zu einem unverzichtbaren Partner für die Gemeinden gemacht hat.

Und schließlich sei erwähnt, dass der langjährige Leiter unseres Diakonischen Werkes, Eberhard Bohrisch, im kommenden Januar nach einer Phase der Altersteilzeit aus dem aktiven Berufsleben scheidet. Das Diakonische Werk verdankt ihm eine wesentliche Profilierung der Arbeit.

Allen, die wir verabschiedet haben, wünschen wir Gottes gutes Weggeleit auf ihrem weiteren Weg.

Schwingt bei Verabschiedungen immer ein Hauch von Melancholie mit, so ist Neugier und hoffnungsfrohe Erwartung bei jedem Neubeginn dabei. Gleichzeitig mit der Verabschiedung aus der Arbeit des Kreissynodalvorstandes haben wir die neu gewählten Mitglieder in ihre neuen Aufgaben eingeführt (Pfarrerin Elfi Decker-Huppert als Synodalassessorin, Herrn Gerhard Fritz, Herrn Heiko Nagel und Herrn Michael Busse, dazu kam dann noch im August Herr Pfarrer Anacker als 2. stellvertretender Skriba).

Wir sind sehr dankbar, dass die Arbeit weiterhin von gegenseitigem Vertrauen und Respekt, von hohem Engagement und der Bereitschaft, sich einzubringen, geprägt ist. Das ist besonders wichtig in Zeiten, wo die äußeren Bedingungen, z. B. in bezug auf die Strukturfragen und die Finanzentwicklung, nicht gerade leichter werden, sondern Entscheidungen herausfordern, die durchaus weh tun und nicht bei allen auf Zustimmung stoßen können. Ich bin froh, in einem Kreissynodalvorstand wie diesem mitarbeiten zu dürfen.

Im Diakonischen Werk gibt es seit dem Frühjahr einige neue Gesichter. Frau Mentges erweitert das Angebot im Bereich der Schwangerenberatung, Frau Domann arbeitet im Bereich der Schuldnerberatung.

Im Verwaltungsamt haben wir Herrn Hein die Aufgabe der Amtsleitung übertragen sowie Herrn Bleeß zu seinem Stellvertreter ernannt. Mit großer Umsicht und viel Erfahrung leiten die beiden Herren nun die Geschicke des Amtes. Besonders Herrn Hein möchte ich an dieser Stelle danken für die vielfache Mehrbelastung, die er auf sich genommen hat und noch auf sich nimmt.

Zum 1. Oktober konnten wir – darüber freuen wir uns sehr – die Sachbereichsleitung für die Superintendentur in die Hände von Frau August geben, die nun besonders für Sie in den Gemeinden Ansprechpartnerin sein wird und sicher ebenso kompetent, wie Herr Hein das über viele Jahre hinweg getan hat, die Gemeinden beraten und begleiten wird.

Im August hat Pfarrer Oskar Greven die neu errichtete Pfarrstelle an den Berufsbildenden Schulen übernommen und schon erste Erfahrungen sammeln können. Seine Einführung wird im Dezember im Rahmen einer Schulveranstaltung stattfinden.

Die Pfarrstelle in Roxheim konnte inzwischen besetzt werden, Frau Mary-Sabine Richter ist vom Presbyterium erwählt worden und ist schon in der Gemeinde mit Erfolg tätig. Die Einführung dort wird am 1. Advent sein.

Während der letzten Herbstsynode haben wir auch über die Pfarrstelle des Gemeindedienstes für Mission und Ökumene (GMÖ) gesprochen. Pfarrer Marx ist aus dem Dienst der Evangelischen Kirche ausgeschieden. Inzwischen konnte die Nachfolge geregelt werden. Herr Pfarrer Hans Jürgen Gärtner aus Idar-Oberstein wird die Arbeit fortführen. An dieser Stelle

sei darauf hingewiesen, dass nach sehr schwierigen Verhandlungen, die mit vielen Verletzungen bei manchen der Beteiligten verbunden waren, nunmehr für die Familie Bokumabi ein Ausweg gefunden worden ist. Der Kirchenkreis Ottweiler hat Herrn Bokumabi angestellt. Inzwischen – das ist die neuste Information – scheint auch mit der Heimatkirche von Herrn Bokumabi, der Cadelukirche, zumindest ein Kompromiss am Horizont aufzutauchen, was eine Rückkehr bzw. Weiterbeschäftigung in der Heimat anbelangt. Der Kirchenkreis Ottweiler erwartet von uns, dass wir uns an den Personalkosten beteiligen. Dies kann allerdings nur über die Gemeinden aus dem jeweiligen Etat für Weltmission, der über den Pflichtanteil von 1 % für den Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED) hinausreicht, geschehen.

Die Landessynode hatte im Januar ein Gleichstellungsgesetz verabschiedet, das Kirchenkreise oder auch Gemeinden, die mehr als 30 Menschen im Haupt- oder Nebenamt beschäftigen, verpflichtet, eine Gleichstellungsbeauftragte zu ernennen. In Absprache zwischen Verwaltungsrat und Kreissynodalvorstand haben wir uns darauf geeinigt, in Entsprechung zur Organisation unserer Mitarbeitervertretung für beide Bereiche eine Person zu beauftragen. Die Funktion der Gleichstellungsbeauftragten ist Frau Christel Niebergall inzwischen übertragen worden. Wir sind froh, dass Frau Niebergall bereit ist, diese Arbeit zusätzlich wahrzunehmen, um dieses Gesetz mit Leben zu erfüllen. Wir wünschen ihr eine gute Hand und erhoffen uns eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

7. Sonstiges

Zum Schluss auch dies:

Ich schlage am 31. Oktober 2001 die Zeitung auf: Was sehe ich? Nicht nur auf einer Seite, sondern gleich auf mehreren, Bilder zum Halloween, Einladungen zu Partys, Berichte über Bemühungen, doch auch dieses Fest in Deutschland heimisch werden zu lassen. Und ich höre Radio am 31. Oktober 2001. SWR 1, mittags um 15.00 Uhr. Eine ganze Stunde ist den Aktivitäten in Rheinland-Pfalz zum Halloween gewidmet. Berichtet wird, wo überall welche Party stattfindet. Hörer erzählen, welchen Spaß sie haben, die Kürbisse auszustellen oder sich selbst in ein Monster zu verwandeln. Dann schlage ich noch einmal die Zeitung auf, suche nach etwas anderem. Da war doch noch was am 31.10.? Ich werde fündig im Feuilleton - sehr gut versteckt – ein kleiner Artikel zum Reformationsfest.

So, hohe Synode, präsentiert sich unsere Gesellschaft im Herbst des Jahres 2001.

Ich bin verwundert, das muss ich schon sagen, doch nicht eigentlich überrascht. Und ich will auch nicht in den Fehler verfallen, anderen Vorwürfe zu machen. Es ist wohlfeil, auf andere – in diesem Fall auf die Medien – zu zeigen und sie verantwortlich zu machen. Ich denke, damit greifen wir zu kurz. Der Blick auf uns selbst tut uns gut. Da zeigt sich für mich: Bevor andere das Reformationsfest vergessen haben, haben wir selbst es längst marginalisiert, haben wir es längst aus unserem Bewusstsein gestrichen oder aber zur Pflichtübung degradiert.

In der Predigtliteratur zum Reformationsfest wurde, wenn überhaupt, zum Kasus einige Sätze formuliert wurden, immer wieder darauf hingewiesen, dass es doch nicht darum gehen könnte, konfessionalistische Abgrenzung zu betreiben, sondern das Reformationsfest in ökumenischer Weite zu feiern. Denn konfessorisch geprägte Gottesdienste hätten immer einen „Hauch der Rechthaberei“ – (*Dietrich Sattler, Predigtstudien V, 2 S. 207*).

Ich habe den Eindruck, hier wird uns ungewollt, aber sehr deutlich, die „Krise des protestantischen Selbstbewusstseins“ (Thies-Grundlach, ebd, S. 210). gespiegelt. Nicht einmal mehr an einem Tag wie dem Reformationstag trauen wir uns, das Spezifische unserer Konfession zu benennen. Aber, wenn wir es nicht tun, wer sollte es denn dann tun?

Wenn wir nicht mehr den Mut haben, das Einzigartige und Besondere unserer Art zu glauben, aufzuzeigen, warum sollte es uns dann überhaupt noch geben? Wer braucht uns dann noch

auch und gerade für einen ökumenischen Dialog? Denn jeder Dialog setzt verschiedene Positionen voraus.

Mithin – bevor wir uns über die Inflation von Halloween-Partys aufregen und den Verlust einer protestantischen Feiertagskultur beklagen – sollten wir Ausschau halten, wie wir unsere eigene Identität finden und leben können.

Sollte man der Meinung sein, dass es mit den traditionellen Reformationsgottesdiensten nicht getan ist, dann gibt es ja immerhin zwei Möglichkeiten.

Einmal: Die Gottesdienste so zu gestalten, dass Menschen sich darin wiederfinden und vor allen Dingen auch ihre evangelische Kirche wiederfinden. Und zum anderen: Dass wir der Halloween-Unkultur eigene Akzente – vielleicht gar kirchenkreisweit – entgegensetzen. Warum nicht einmal eine konzertierte Aktion aller Kirchengemeinden zum Reformationsfest, wo wir erkennbar, wo wir sichtbar, wo wir identifizierbar sind? Eine solche Veranstaltung – wie immer sie aussehen mag – kann die Gottesdienste zu diesem Tag natürlich nicht ersetzen, wohl aber ergänzen, so dass dann nicht mehr nur über Halloween-Partys berichtet werden müsste. Man könnte ja mal darüber reden.

8. Schlussbemerkungen

Um Überschneidungen und Wiederholungen zu vermeiden, sind eine ganze Reihe von wichtigen Themen hier nicht erwähnt, die sehr wohl die Aufmerksamkeit im Berichtsjahr in hohem Maße auf sich gezogen haben. Dazu gehören besonders die Strukturfragen, die intensiv sowohl im Kreissynodalvorstand als auch in der Strukturkommission diskutiert worden sind und die uns ja im Anschluss an meine Berichterstattung beschäftigen werden. Dazu gehören aber auch die Beratungen zur möglichen finanziellen Entwicklung und die sich daraus ergebenden Probleme. Auch dieses Thema hat uns das Jahr über begleitet und wird uns ganz gewiss im nächsten Jahr zu Konsequenzen nötigen. An dieser Stelle verweise ich auf den schriftlichen Bericht von Dr. Jürgen Deveaux und den Tagesordnungspunkt, bei dem Gelegenheit sein wird zur Vertiefung.

Andere Themen werden uns an anderer Stelle heute beschäftigen, so dass ich für meinen Teil hier auf eine Kommentierung verzichten möchte. Um so mehr empfehle ich – wie in den Vorjahren auch – das Studium der 46 Berichte aus den verschiedenen Arbeitsgebieten, die wir im Kirchenkreis beackern. Sie geben ein gutes Bild ab von dem, was Evangelische Kirche an Nahe und Glan außerhalb der Ortsgemeinden ausmacht. Das Spektrum ist weit gefächert und so ist es nicht verwunderlich, wenn da von Aufbrüchen und Neuanfängen genauso berichtet wird wie von Schwierigkeiten und Lasten, die zu bewältigen oder auszuhalten sind.

Ich möchte für den Kirchenkreis allen, die sich einbringen, Dank sagen und sie ermuntern, nicht nachzulassen in ihrem Engagement. Unsere Arbeit wird gebraucht. Sie ist wichtig und nötig, damit das Evangelium von Jesus Christus auf möglichst vielerlei Weise zu den Menschen transportiert werden kann.

Ich persönlich möchte Dank sagen allen, die mich in diesem Jahr begleitet und manchmal auch ertragen haben, Dank sagen für viele gute Gespräche und Anregungen, für Ermutigung und Verständnis. Und schließlich möchte ich um Vergebung bitten, wenn ich jemandem abweisend oder unaufmerksam begegnet bin, wenn ich jemanden übersehen oder nicht gehört und Erwartungen nicht erfüllt haben sollte. Das tut mir leid. Deshalb bitte ich, dass Sie mir nachsehen mögen, wo ich gefehlt habe, mich weiterhin tragen und mit mir das Gespräch suchen zum Besten unseres Kirchenkreises.

Der Friede unseres Herrn Jesus Christus sei mit uns allen.

Hartmut Eigemann